

## Stadträtliche Parkplatzpolitik provoziert Beschwerden

**WANKDORF** Die Reduktion der Parkplatzzahl liege nicht in der Kompetenz des Parlamentes: FDP, SVP und zwei Vorortsgemeinden reichen nun Beschwerden gegen den Entscheid des Stadtrats ein, die BEA expo wartet ab.

DANIEL BOCHSLER

Die Verkehrspolitik führt in der Stadt Bern schon seit längerer Zeit zu heftigen Diskussionen. Aus einer politischen Parkplatzdebatte wird nun auch ein Rechtsstreit: FDP, SVP und die beiden Regionsgemeinden Ostermundigen und Ittigen wollen demnächst Beschwerden gegen einen Beschluss des Berner Stadtrates einreichen. Am 4. Februar hat das Stadtparlament den Sachplan «Parkierung auf den Allmenden» modifiziert. Von den 2500 Parkplätzen, die der Gemeinderat wollte, strich die rotgrüne Parlamentsmehrheit 300 weg. Weitere 1500 Ergänzungsparkplätze für Grossveranstaltungen müssen bis ins Jahr 2008 etappenweise aufgehoben werden und die provisorischen Parkplätze auf der Kleinen Allmend schon bis 2004 (der «Bund» berichtete).

### Streit um Verbindlichkeit

RotGrünMitte habe laut PVK-Sprecher Ueli Stüchelberger (gfl) deshalb als Kompromiss die Parkplatzzahl im Wankdorf beschränkt. Ohne diesen Kompromiss wären die beiden Grossprojekte Stadionneubau und NAHA 2 von links-grüner Seite stärker unter Druck geraten. Die Parkplätze sollen an den Rand der Agglomeration verlegt werden. Rechtlich sieht Stüchelberger keine Einwände: «Der Richtplan bleibt erhalten, die Parkplätze werden nur umgelagert.» Zudem habe der Stadtrat nie etwas zum Richtplan zu sagen gehabt und sei folglich nicht an diesen gebunden. Die Stadt hatte 1996 in diesem Plan mit den Gemeinden Ittigen und Ostermundigen sowie der BEA und den SBB die Zahl der Parkplätze im Entwicklungsschwerpunkt Wankdorf vereinbart.

### Die erste von der FDP...

Der Präsident der FDP-Fraktion, Adrian Haas, sprach in der Stadtratsdebatte von einer «arroganten Machtdemonstration» und bezichtigte RGM der «Rechtswidrigkeit». Nun kündigte er gestern gegenüber dem «Bund» eine Gemeindebeschwerde beim Regierungsrat an. Der Stadtrat sei für den Erlass solcher Pläne nicht zuständig; Richt- und Sachplanung seien Sache des Gemeinderates.

Die FDP werde ihre Beschwerde im Namen aller FDP-Stadträte einreichen. Falls der Sachplan dem kantonalen Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) zur Genehmigung vorgelegt wird,

wollen die Freisinnigen auch bei diesem Amt eine Beschwerde einreichen. Das AGR habe im Dezember den Richtplan für den Entwicklungsschwerpunkt Wankdorf genehmigt, die Stadtratsentscheidung widersprechen laut Haas diesem Richtplan.

Es ist jedoch fraglich, ob dieser zweite Teil der Beschwerde überhaupt möglich ist. «Wenn die Gemeinde ein Konzept macht, das dem Richtplan widerspricht, geht uns das wenig an. Für uns ist der Richtplan massgebend», sagte Monique Schürch, Kreisjuristin beim AGR, auf Anfrage. Sie ist deshalb unsicher, ob beim AGR eine Beschwerde eingereicht werden kann.

### ...die zweite von der SVP...

Auch die SVP der Stadt Bern will ihre Drohung wahr machen: Bis zum 12. März wird sie laut Fraktionspräsident Hans Ulrich Gränicher eine Gemeindebeschwerde einreichen. Nach wie vor sei auch die SVP der Meinung, der Stadtrat sei für den Sachplan nicht zuständig. Die SVP der Stadt Bern, die junge SVP und die Stadtratsfraktion sind laut Gränicher die Beschwerdeführer; zurzeit kläre die Partei noch ab, bei welcher Instanz die Beschwerde eingereicht werden müsse, sagte er.

### und die letzte aus der Agglo

Eine weitere Beschwerde bereiten die beiden Regionsgemeinden Ittigen und Ostermundigen gemeinsam vor. Der Gemeinderat von Ostermundigen werde am nächsten Dienstag definitiv entscheiden, wie Marianne Meyer, Ostermundigens Gemeindevorsitzende, sagte. Der Ittigger Gemeinderat will den Beschluss schon morgen Donnerstag fassen. Die Gemeinde Ittigen hatte kritisiert, die Stadt Bern würde die ESP-Vereinbarungen nicht erfüllen.

Auch die BEA expo kündigte nach der Stadtratsdebatte im Februar rechtliche Schritte an. Direktor Karl Bürki sagte gestern, der Entscheid dazu sei noch offen.

### Droht nun Blockierung?

Die Beschwerdefrist läuft in rund zehn Tagen ab. Das anschliessende Verfahren beim Regierungsrat dürfte einige Monate dauern, danach besteht für die Parteien die Möglichkeit, die Beschwerde weiter zu verfolgen. Falls der Beschwerde eine aufschiebende Wirkung gewährt wird, kann es Jahre dauern, bis der Sachplan umgesetzt werden kann.